

Sinti- und Roma-Zentrum kommt in die Grafenstraße

Dauerausstellung des hessischen Landesverbandes findet im Erdgeschoss des früheren Stadthauses seinen Platz

Von Birgit Fempfel

DARMSTADT. Der hessische Landesverband deutscher Sinti und Roma findet im Erdgeschoss des früheren Stadthauses in der Grafenstraße 30 eine neue Heimat und Platz für seine Dauerausstellung. Das geht aus einer Magistratsvorlage hervor. Mit dem Bezug der Räume nach dem Umbau im Herbst 2025 wird für zunächst zehn Jahre die jährliche städtische Förderung für Aufbau und Betrieb des neuen Zentrums von 20.000 auf 40.000 Euro erhöht. „Eine sinnvolle und wirksame Investition in die wichtige Arbeit des Landesverbandes“, heißt es in der Vorlage. Vom Land Hessen kommen für den dauerhaften Betrieb des hessenweiten Zentrums 150.000 Euro jährlich.

Neben der Dauerausstellung zum Thema Antiziganismus hat das Zentrum dann auch Platz für Kulturveranstaltungen. Die Stadt sei stolz, „dass der hessische Landesverband der deutschen Sinti und Roma seinen Sitz in Darmstadt gewählt hat“. Die Aufstockung der jährlichen Förderung für zehn Jahre bedeute zusätzliche Planungssicherheit. „Es ist gut, dass wir für die Dauerausstellung zur Erinnerung an die Verbrechen an den Sinti und Roma einen guten und würdigen Platz gefunden haben“, stellt Oberbürgermeister Jochen Parsch



Das Sinti- und Roma-Zentrum des hessischen Landesverbands findet im Erdgeschoss des ehemaligen Stadthauses in der Grafenstraße Platz. Für das restliche Gebäude hat die Stadt ein Nutzungskonzept beauftragt. Foto: Sascha Lotz

in einer Mitteilung fest. Im Nationalsozialismus wurden neben den Juden auch Sinti und Roma systematisch in den Todeslagern ermordet. Am 15. März 1943 wurden fast alle in Darmstadt lebenden Sinti und Roma mit mehreren Zügen in das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau deportiert. „Nur wenige Angehörige der Minderheit in Deutschland und Österreich überlebten den Völkermord“,

stellt die Vorlage fest. „Nach der Rückkehr aus den Todeslagern mussten sie erleben, wie die an ihnen und ihren Familien begangenen Menschheitsverbrechen in der Nachkriegszeit verschwiegen und verleugnet, teilweise sogar gerechtfertigt wurden.“ Von Politik, Verwaltung, Justiz und Gesellschaft seien ihre berechtigten Forderungen nach Entschädigung und Unterstützung abgelehnt,

die NS-Verfolgten stattdessen erneut diskriminiert und an den Rand der Städte und Gemeinden gedrängt worden. Darmstadt bot dafür ein besonders abstoßendes Beispiel. Während Ende der Siebziger Jahre der sozialdemokratische Oberbürgermeister Heinz Winfried Sabais gezielt Roma-Familien in der Stadt ansiedelte, war fünf Jahre später unter seinem sozialdemokratischen Nachfolger

Günther Metzger Schluss mit Wiedergutmachung. Der Fall machte bundesweit Schlagzeilen. „Der Spiegel“ schrieb am 20. Mai 1984, also vor ziemlich genau 39 Jahren: Es war ein demonstrativer Akt der Toleranz. „Niemand“, beteuerte Darmstadts Oberbürgermeister Heinz Winfried Sabais (SPD), „soll bei uns auch nur ein Zigeuner vor die Stadttore gewiesen werden.“ Denn „wo Zigeuner

WORKSHOP

► Eine Nutzung des ehemaligen Stadthauses, Grafenstraße 30, steht mit dem „Zentrum für Sinti und Roma“ schon fest, alles Weitere aber ist offen. Die Stadt hat laut Mitteilung beim Lübecker Büro Cima eine Machbarkeitsstudie zur Nutzung in Auftrag gegeben. „Einen wesentlichen Baustein der Machbarkeitsstudie stellt ein öffentlicher Workshop dar, zu dem alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen sind“, schreibt die Stadt. Sie können „ihre Ideen für die zukünftige Nutzung des Gebäudes benennen und sich aktiv mit ihren Beiträgen an der perspektivischen Entwicklung dieser Schlüsselimmobilie beteiligen“.

► Termin ist am **Dienstag, 6. Juni**, um 18 Uhr im alten Bürger- und Ordnungsausschuss des Stadthauses. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. (bif)

bais-Nachfolger Günther Metzger, ebenfalls SPD, das Ende der Barmherzigkeit: Er warf die Roma-Familie Nikolic mit fünf Kindern im Alter von vier Monaten bis sechs Jahren aus der Stadt. Städtische Beamte, unterstützt von einem Polizeikommando, packten morgens um acht die Koffer der Familie und setzten sie ins Flugzeug, ruckzuck ab nach Belgrad.

Die restlichen in Darmstadt ansässigen Großfamilien flohen hinterher. Das Darmstädter Verwaltungsgericht verurteilte die Abschiebung als rechtswidrig. Der deutsche Zentralrat der Sinti und Roma bezeichnete Metzger als „rassistisch“. Dieser scheiterte am Frankfurter Oberlandesgericht mit seiner Unterlassungsklage. Das alles geschah nur kurz, nachdem die deutsche Bundesregierung 1982 endlich den Völkermord an Sinti und Roma durch die Nationalsozialisten offiziell anerkannt hatte. Das heute geächtete Z-Wort wurde damals, wie man im „Spiegel“-Artikel sieht, gleichwohl noch bedenkenlos benutzt. „Die Aufklärung, Reflexion und Kritik von Vorurteilsstrukturen – insbesondere des Antisemitismus und des Antiziganismus – sind von herausragender Bedeutung für den Erhalt unserer Demokratie und unserer offenen Gesellschaft“, heißt es in der Vorlage. Ab 2025 dauerhaft in der Grafenstraße 30.